

**FREDERIK BOUFFIER**

Landtagskandidat für den Wahlkreis 18

[www.frederik-bouffier.de](http://www.frederik-bouffier.de)[f.bouffier@cdu-giessen.de](mailto:f.bouffier@cdu-giessen.de)**LUCAS SCHMITZ**

Landtagskandidat für den Wahlkreis 19

[www.lucasschmitz.de](http://www.lucasschmitz.de)[lucas.schmitz@cdu-giessen.de](mailto:lucas.schmitz@cdu-giessen.de)

Gießen, 20.08.2023

## Pressemitteilung

### Keine Steuererhöhung auf Speisen in der Gastronomie

Schmitz und Bouffier im Austausch mit dem DEHOGA Kreisverband Gießen

**Wettenberg.** Anlässlich der geplanten Mehrwertsteuererhöhung der Ampel-Regierung in Berlin haben sich die CDU-Landtagskandidaten Frederik Bouffier (Wahlkreis 18) und Lucas Schmitz (Wahlkreis 19) sowie der CDU-Bundestagsabgeordnete Prof. Dr. Helge Braun MdB mit Vertretern des Hotel- und Gastronomieverbandes DEHOGA Mittelhessen auf der Burg Gleiberg getroffen. Hintergrund sind die Pläne der Ampel-Regierung in Berlin eine Mehrwertsteuererhöhung von 7% auf 19% für Speisen in der Gastronomie vorzunehmen.

„Die geplante Mehrwertsteuererhöhung wäre für die heimische Gastronomie in Zeiten von hohen Energie- und Erzeugerpreisen die nächste große Hiobsbotschaft, die viele Gastronomiebetriebe vor existenzielle Nöte stellen könnte. Die Umsätze bewegen sich noch immer unter dem Vor-Corona-Niveau, die Inflation ist besonders in unserer Branche stark zu spüren. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, die Pläne für eine Steuererhöhung auf Speisen in der Gastronomie unverzüglich auf Eis zu legen und bei weiterhin 7% zu belassen,“ so der DEHOGA-Kreisvorsitzende Axel Horn.

Im Zuge der Corona-Pandemie hat die damalige CDU-geführte Bundesregierung zur Unterstützung der Gastronomie den Mehrwertsteuersatz für Speisen bis zum Ende des Jahres 2023 befristet gesenkt. Die Ampel-Regierung plant nun diese Befristung aufzuheben und zu 19% zurückzukehren. Die CDU/CSU Bundestagsfraktion hat dazu bereits im Februar 2023 einen Gesetzentwurf in den Deutschen Bundestag eingebracht (Drucksache 20/5810), der eine dauerhafte Entfristung für den

verringerten Mehrwertsteuersatz für Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen vorsieht.

„Als CDU stehen wir eng an der Seite der heimischen Gastronomie und setzen uns für eine dauerhafte Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes auf 7% ein. Nicht nur, weil ein Auslaufen des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes auch eine grundsätzliche Wettbewerbsbenachteiligung innerhalb Europas bedeutet, da 23 der 27 EU-Mitgliedstaaten ihrer Gastronomie einen ermäßigten Steuersatz gewähren, sondern insbesondere auch, weil wir um die große gesellschaftliche Bedeutung der Gastronomie wissen. Die heimischen Restaurants, Gaststätten und Kneipen sind Orte der Zusammenkunft, in denen sich die Menschen nach der Arbeit auf ein Feierabendbier treffen oder um gemütlich etwas zu essen. Sie tragen einen großen Teil zu unserer lebens- und liebenswerten Heimat bei. Deshalb wollen und werden wir sie bestmöglich unterstützen,“ so die heimischen CDU-Landtagskandidaten Schmitz und Bouffier.

Aufgrund der bevorstehenden Mehrwertsteuererhöhung wird eine Preissteigerung von mehr als 15% durchschnittlich in der Gastronomie erwartet. Laut DEHOGA Kreischef Horn sind die Betriebe aufgrund der derzeitigen Lage gezwungen, diese Preissteigerung unmittelbar an die Besucher weiterzugeben. Dies würde unmittelbar dazu führen, dass Gäste ausbleiben und immer weniger Menschen sich einen Restaurantbesuch leisten können. Bei einer Erhöhung der Mehrwertsteuer rechnet der DEHOGA Bundesverband mit bis zu 12.000 Betriebsschließungen deutschlandweit.

„Die Entscheidung, die Mehrwertsteuersenkung nicht zu entfristen, lässt die derzeitige wirtschaftliche Situation vollständig außer Betracht. Anstatt die Gastronomen zu stärken, wird ihnen ein weiterer Kostenfaktor auferlegt. Wir werden uns auf allen uns zur Verfügung stehenden Kanälen dafür stark machen, dass der Bund von der geplanten Erhöhung der Mehrwertsteuer absieht,“ bekräftigt Schmitz seine Absichten

für die Zukunft.

Nicht nur durch bundespolitische Entscheidungen wird den Gastronomen ihre Arbeit erschwert. Auch der Verkehrsversuch in Gießen, der von der grün-rot-roten Stadtregierung beschlossen wurde, hat negative Auswirkungen auf das Gaststättengewerbe. Seit Beginn des Verkehrsversuches hat sich eine negative Entwicklung des Umsatzes bei den Gießener Gastronomen abgezeichnet. Laut DEHOGA Kreisverband Gießen sei das Geschäft zur Mittagsstunde teilweise um 50% eingebrochen. Auch durch weitere Vorhaben wie die angedachte Umgestaltung des Brandplatzes wird der Gastronomiebesuch in der Gießener Innenstadt immer unattraktiver. Der Landtagskandidat im Wahlkreis 18, Frederik Bouffier, sagt hierzu: „Die ideologische Entscheidung der linken Gießener Stadtregierung, die innere Spur des Anlagenrings für Autos zu sperren und zur Fahrradstraße zu machen führt zu einem Verkehrschaos und folglich auch zu einer deutlich schlechteren Erreichbarkeit der Innenstadt. Leidtragende sind die Einzelhändler und Gastronomen. Seitens der Stadt findet kein Austausch mit den Gastronomen statt und ihre Anliegen werden ignoriert. Aus diesem Grund werde ich mich weiterhin gegen den Verkehrsversuch und für die Gastronomen sowie Einzelhändler in Gießen einsetzen.“

„Wir danken der CDU und den heimischen Landtagskandidaten Bouffier und Schmitz für ihre klare Positionierung und die Unterstützung für die heimische Gastronomie. Wir hoffen, dass die Bundesregierung einlenkt und von der Mehrwertsteuererhöhung Abstand nimmt. Es geht um die Zukunft der Gastronomie,“ so der DEHOGA-Kreisvorsitzende Axel Horn abschließend.

Mit der Bitte um Veröffentlichung.